

Haushaltsrede von Herrn Holm Sternbacher ; SPD-Fraktion

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrte Damen und Herren

Der LWL Haushalt 2015 stellt uns, wie in den vergangenen Jahren, vor große Herausforderungen.

Die Verwaltung hat, wie es ihre Aufgabe ist, einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt.

Zum Erreichen des Haushaltsausgleiches schlägt die Verwaltung eine Umlage von 16,8 Prozent Punkte vor.

Die SPD hat sich nach intensiven Diskussionen entschlossen, die geplante Umlage deutlicher geringer ausfallen zu lassen, als die Verwaltung vorgeschlagen hat.

Die CDU und die SPD beantragen in einem gemeinsamen Antrag , die Umlage auf 16,5 % Punkte festsetzen.

Damit sind wir dem mehrheitlichen dringenden Wunsch vieler unserer Mitglieder nachgekommen, die eine weitere Belastung durch den „Mitgliedsbeitrag für den LWL „nicht für tragbar gehalten haben.

Die Mitglieder der Landschaftsversammlung tragen auch Verantwortung in den Kreistagen oder in den Räten.

Dies ist vom Gesetzgeber so gewollt um einen Ausgleich der Interessen auf der Kommunalen Ebene herbeizuführen.

Dies bedeutet also, dass es nicht logisch ist, in der Kommune zu beklagen, dass die LWL Umlage zu hoch ist, im LWL zu beklagen, dass die Umlage zu niedrig berechnet ist.

Wir wissen alle, dass viele unsere Mitgliedskörperschaften finanziell am Rande ihrer Leistungsfähigkeiten sind. Bei vielen ist die Ausgleichsrücklage im Gegensatz zum LWL verbraucht. Einige müssen ihre Allgemeine Rücklage in Anspruch nehmen.

Der LWL befindet sich in der Situation, dass er Einerseits die ständig steigenden Anforderungen mit finanziellen Mittel hinterlegen muss, andererseits müssen einige unsere Mitgliedskörperschaften die Umlage mit Kredite finanzieren.

Wer das Spiel Mühle kennt, weiß, dass es in diesem Spiel eine ganz unangenehme Situation gibt, die Zwickmühle.

In dieser Situation befinden wir uns.

Wir werden in diesem Jahr die Landschaftsumlage nicht in dem Maße anheben, wie es der LWL- Direktor für erforderlich gehalten hat.

Wir gehen sogar noch ein wenig über das hinaus, was wir in den vergangenen Jahren getan haben, um unserer Mitgliedskörperschaften zu schonen.

Aber diesen Kraftakt werden wir nicht mehr wiederholen können, denn ein Umlageverband wie der LWL kann es sich nicht leisten, das Eigenkapital zu verbrauchen.

Bei aller Solidarität mit unseren Mitgliedskörper ,eines kann der LWL nicht :

Der LWL kann nicht die Finanzprobleme der Kommunalen Familie lösen.

Wir haben mit unseren Beschluss zur Umlage den Mitgliedskörperschaften und uns eine finanzielle Atempause verschafft.

Ich möchte betonen, es handelt sich um eine **Atempause** nicht um eine **Lösung der Finanzprobleme**.

Denn die Freunde über die Entlastung aus dem Haushalt 2015, wird in den Städten und Kreisen nur von kurzer Dauer sein. Die Belastung und Sorgen werden zurückkehren, wenn wir auf die weiteren haushaltswirtschaftlichen Perspektiven schauen.

Die mittelfristige Finanzplanung geht davon aus, dass die Umlage in 2016 um 0,8% Punkte erhöht werden muss ,um einen ausgeglichenen LWL Haushalt zu erreichen.

Alle Mitglieder der Landschaftsversammlung wissen, dass die exorbitanten Kostensteigerungen nicht aus dem Psychiatrie Verbund, nicht aus dem Schulbereich oder aus dem Kulturbereich stammen.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit unser Mitgliedskörperschaften und die des LWL im Gleichgewicht zu halten und damit die Leistungen für die Menschen mit Behinderung zu sichern, ist unsere Aufgabe.

Auch unsere Mitgliedskörperschaften müssen soziale Leistungen erbringen. Sie müssen Schulen bauen, sie müssen Kindergärten unterhalten, sie müssen Straßen bauen, sie müssen für ein lebenswertes Umfeld sorgen.

Für diese Aufgaben steht ihnen beileibe nicht genügend Geld zur Verfügung.

Meine Damen und Herren,

wir haben es in den vergangenen Jahren geschafft, unsere Aufgaben unter Beachtung der finanziellen Lage der kommunalen Familie zu erfüllen.

Die Frage aber ist, ob wir es in Zukunft noch schaffen.

Ich fürchte, ja ich befürchte wirklich, dass wir es nur mit großen Anstrengungen und mutigen Entscheidungen schaffen werden. Ich habe große Bedenken, ob Politik diese Kraft aufbringen, denn es werden keine populären Entscheidungen sein, die von allen Beteiligten und insbesondere von uns getroffen werden müssen.

Meine Damen und Herren ,

was ist zu tun!

Wir haben lange Zeit darauf gesetzt, dass die soeben beschriebene Politik solange hinreicht, bis Hilfe vom Bund kommt. Der Koalitionsvertrag hat das versprochen. Die Haushälter im Bund sehen die Beträge aber erst für das Jahr 2018 vor.

Das ist zu spät.

Viel schlimmer noch . Die politischen Parteien streiten derzeit wie die Kesselflicker, wer eigentlich das zugesagte Geld bekommen soll. Nur über einen redet man immer weniger. Immer weniger redet man über den Träger der Eingliederungshilfe.

Vor der Fiskalpakteinigung und dem Koalitionsvertrag gab es eine große Einigkeit aller Kommunalen Spitzenverbände, der überörtlichen Träger der Sozialhilfe in Deutschland und der freien Wohlfahrtspflege, dass das Geld dort hingehört, wo die Aufgaben entstehen. Gemeinsam haben wir die Forderung durchgesetzt. Seitdem aber die Zusage der 5 Milliarden da ist, versucht jeder, die Mittel für andere Zwecke zu akquirieren.

Kurz und gut: Die Gefahr ist da, dass die Träger der Eingliederungshilfe zwar neue Aufgaben, aber keine Entlastung bekommen.

Meine Damen und Herren ,

was bedeutet das für uns? Was müssen wir tun?

Zunächst einmal werden wir die Flinte beim Bund natürlich nicht ins Korn werfen. Das Bundesteilhabegesetz soll 2016 kommen. Wir setzen nach wie vor darauf, dass es auch den zugesagten Entlastungen für die Träger der Eingliederungshilfe bringt.

Meine Damen und Herren,

ich fordere jeden von Ihnen auf, nochmal mit dem örtlichen Abgeordneten zu sprechen. Man hat zwar manchmal den Eindruck, dass das nicht viel bringt.

Andererseits, wenn auf die Thematik nicht aufmerksam gemacht wird, dann muss man nicht damit rechnen, dass die örtlichen Abgeordneten sie überhaupt zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren,

die 2. Maßnahme muss es sein, erneut den Versuch zu starten, weniger auszugeben.

Dies kann nach Lage der Dinge nur im Bereich der Behindertenhilfe sein.

Das soll natürlich nicht zu Lasten der Menschen mit Behinderung gehen.

Andererseits jede Ineffizienz und jede Ineffektivität müssen wir radikal bekämpfen.

- 1. Die Kosten der Träger sind zu unübersichtlich. Wir müssen mehr wissen, wofür das Geld ausgegeben wird.**
- 2. Wir müssen sicherstellen, dass keine Hilfe gewährt und finanziert wird, die die reale Situation der Menschen mit Behinderung nicht verbessern.**
- 3. Wir müssen jede Möglichkeit nutzen, im Rahmen der Angebotssteuerung unnötige Zuwächse zu vermeiden.**
- 4. Die sog. Zugangssteuerung muss – wie bereits beschlossen - verbessert werden.**

Meine Damen und Herren,

und ich prognostiziere, dass wenn wir das alles gemacht haben, wenn wir jede Chance genutzt haben, wenn wir das alles getan haben, dass dann immer noch, immer noch eine erhebliche, eine dramatische, eine nicht vermeidbare Umlagen Erhöhung in den nächsten Haushaltsjahren anstehen wird.

Das was wir bei der Ausgabensteuerung in der Behindertenhilfe unternehmen, sind wir unseren Mitglieds Körperschaften schuldig.

Das was an Umlageerhöhung kommen wird, sind wir nach dem geltenden Recht den Menschen mit Behinderung schuldig.

Meine Damen und Herren,

aber vielleicht gelingt es uns ja dann doch, den Deutschen Bundestag davon zu überzeugen, dass es eine Entlastung für die Träger der Eingliederungshilfe gibt. Nicht erst 2018, sondern spätestens 2017. Spätestens 2017 muss die direkte Entlastung der Träger der Eingliederungshilfe beginnen und die Entlastung muss auch höher sein als 1 Milliarde Euro. Wenn es nicht gleich der Betrag von fünf Milliarden ist, dann doch ein Betrag, der deutlich höher ist als der von einer Milliarde.

In diesem Sinne appelliere ich nochmals an Sie, in der jetzigen Situation alles zu tun, um ihre örtlichen Abgeordneten zu überzeugen. Das mag zwar schwierig sein, es scheint mir aber allemal deutlich leichter sein als das, was uns bevorsteht:

Heftige Auseinandersetzung mit den Trägern

Heftige Auseinandersetzen mit den Interessenvertretungen,

heftige Auseinandersetzungen mit den Mitglieds Körperschaften und

heftige Auseinandersetzungen in den Räten und Kreistagen.

Wir gehen bis an den Rand des Möglichen. Wir werden die Ausgleichsrücklage reduzieren. Wir werden aber nicht das Eigenkapital angreifen. Und das bedeutet, dass in den nächsten Jahren erhebliche, einschneidende, schmerzliche Umlageerhöhungen nicht mehr zu vermeiden sein werden.

Das muss uns allen klar sein. Wir haben die Situation bis zum letzten Ausgereizt.

Wir wollten unsere Mitgliedskörperschaften schonen, und wir haben sie geschont

Wir wollten gleichzeitig die Leistungen für die Menschen mit Behinderung erbringen, und wir haben sie erbracht.

Darauf können wir mit Stolz zurückblicken.

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ob in der Zentrale oder in den Dienststellen in Westfalen Lippe für ihre geleistete Arbeit

Auch mit dem Haushalt 2015 werden wir die Arbeit für die Menschen in Westfalen Lippe leisten können.

Keine Leistung , kein Antrag von Menschen mit Behinderung muss abgelehnt werden, weil wir die Umlage auf 16,5 % Punkte beschlossen haben.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit